

DIE SCHWACHEN TRIFFT ES AM HÄRTESTEN

**Erklärung von Diözesanadministrator
Bischof Robert Brahm zum 1. Mai**

Der 1. Mai als "Tag der Arbeit" ist in diesem Jahr von der Wirtschaftskrise geprägt. Er ist insofern ein "Tag der Arbeitslosigkeit", als diejenigen in den Blick zu nehmen sind, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, beziehungsweise deren Arbeitsplatz gefährdet ist. Die Finanzkrise ist auf die Realwirtschaft und damit auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Die Zahl der Leiharbeiter ist bereits von 715.000 auf 546.000 gesunken, im März waren 670.000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen, Tendenz steigend. Trotz aller Anstrengungen der Politik und der Wirtschaft, die ich hier ausdrücklich anerkennen möchte: die Aussichten sind alles andere als rosig.

Noch im Herbst des vergangenen Jahres wurde öffentlich darüber diskutiert, ob bereits wieder Vollbeschäftigung erreicht sei. Dann kam die Finanzkrise. Sie traf die Anleger, die Spekulanten und die Vermögenden. Milliarden wurden vernichtet. Die härtesten Konsequenzen haben aber die zu tragen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Arbeitslosigkeit, insbesondere wenn sie länger dauert, ist deshalb so schlimm, weil sie in vielerlei Bereichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert und zur sozialen Isolierung führt. Wenn es nun gilt, durch eine Regulierung der Finanzmärkte eine Wiederholung

zu verhindern, dann sollte dabei besonders darauf geachtet werden, dass die Verluste aus geplatzten Spekulationsblasen nur von den Spekulanten getragen werden und nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Wirtschaftskrisen sollten von der Gesamtgesellschaft solidarisch getragen werden. Einige Firmen gehen hier erfreulicherweise neue und ungewohnte Wege. Wenn aber die ohnehin Schwächeren, die prekär Beschäftigten, die ersten und weitgehend ungeschützten Opfer sind, dann hat die Soziale Marktwirtschaft eine Schiefelage.



**Diözesanadministrator
Robert Brahm**

Die Wirtschaftskrise deckt sehr deutlich die Schattenseiten der prekären Beschäftigung auf. Leiharbeiter, zeitlich befristet Beschäftigte und Beschäftigte im Niedriglohnbereich verdienen für die gleiche Arbeit in aller Regel weniger als Festangestellte, ihre soziale Absicherung ist schwächer, sie können kaum längerfristig

ihr Leben planen, sie dienen als Manövriermasse und werden ohne Aufhebens als erste entlassen.

Vor den langfristigen Folgen prekärer Beschäftigungsverhältnisse werden weitgehend die Augen verschlossen. Die Entwicklung der Sozialversicherungssysteme setzt immer stärker auf die private Vorsorge. Diese können prekär Beschäftigte normalerweise nicht erbringen. Die Folge: auf die Gesellschaft rollt eine Welle der Altersarmut und der Destabilisierung der Sozialversicherung zu.

Gerade die prekären Beschäftigungsformen sind in Folge der Hartz-Reformen massiv ausgebaut worden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren ist zum allergrößten Teil diesem Ausbau zu verdanken. Diese Flexibilisierung der Arbeitswelt kommt den Bedürfnissen der Wirtschaft sehr entgegen, nicht aber den Bedürfnissen der Betroffenen. Weil die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt, gilt es hier gegenzusteuern. Wenn wir über die aktuelle Arbeitslosigkeit sprechen, darf ein Problem nicht ausgeklammert werden, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Diesen besonders Benachteiligten fühlt sich die Kirche und fühle ich mich besonders verpflichtet. 947.000 Langzeitarbeitslose verzeichnet die offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

weiter Seite 2 unten

EDITORIAL

Rückendeckung

Als wir davon hörten, dass unser zukünftiger Bischof auf Geschenke zu seiner Einführung verzichtet und statt dessen um Spenden für die Aktion Arbeit bittet, haben wir uns natürlich sehr gefreut.

Zum einen brauchen wir, bzw. die von uns unterstützten Projekte, in der jetzigen Krise jeden Cent, unsere Rücklagen sind restlos aufgebraucht.

Zum anderen ist es ein eindeutiges Zeichen, wenn der neue Bischof mit seiner gewissermaßen ersten "Amtshandlung" die Aktion Arbeit fördert. Das erfüllt uns mit Zuversicht und ist uns ein Ansporn. Wir fühlen aber auch die Verpflichtung, dieser Heraushebung gerecht zu werden.

Ich hoffe, dass alle, die sich der Aktion Arbeit verbunden fühlen, diesen Rückenwind ebenfalls spüren und dass uns allen Flügel wachsen.



**Hans Casel,
Bischöflicher
Beauftragter für die
Aktion Arbeit**

DEKANATSBEAUFTRAGTE

Erstmals trafen sich die "Dekanatsbeauftragten" für die Aktion Arbeit am 24. März in Trier. Beim ersten Treffen ging es darum, sich kennen zu lernen, mehr über das Innenleben der Aktion Arbeit zu erfahren und auszutauschen, welche Aufgaben die Dekanatsbeauftragten näher übernehmen können. Weil man sich sofort in die zahlreichen Sachfragen vertiefte, blieb am Ende die eher protokollarische Frage offen, welchen Namen diese Gruppe bekommen soll: Dekanatsbeauftragte, Kontaktpersonen, Ansprechpartner?

Es geht darum, dass jemand im Dekanat "den Hut der Aktion Arbeit auf hat", so der Bischöfliche Beauftragte Hans Casel beim Werben bei den Dechanten, bei der Suche nach den Dekanatsbeauftragten behilflich zu sein. Casel und Geschäftsführer Rudolfi Hammes sind des Lobes voll, wie offen und konstruktiv die Dechanten das Anliegen aufgegriffen und tatkräftig aktiv geworden sind. Das Ergebnis: von 35 Dekanaten haben bereits 17 eine Kontaktperson benannt. Das Treffen in Trier zeigte deutlich, dass hier eine engagierte und kompetente Truppe entsteht.

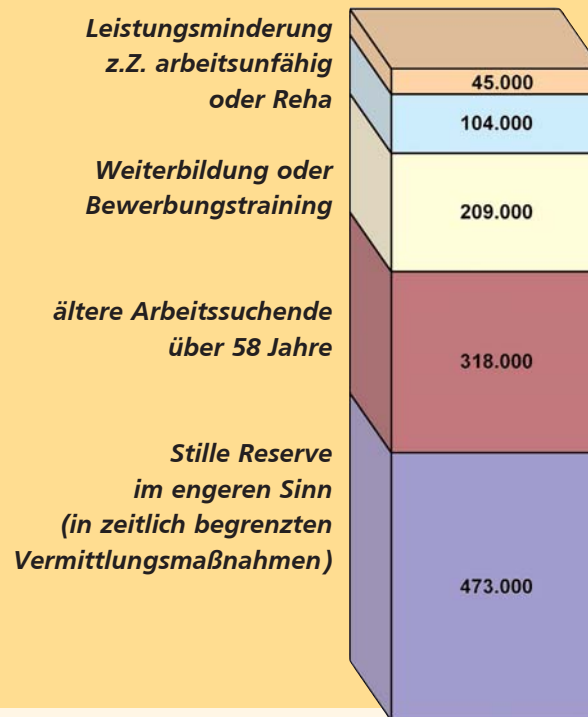
Die Aufgaben werden sich im Laufe der Zeit konkretisieren, je nach den Möglichkeiten und Erfahrun-

gen vor Ort. Grundsätzlich geht es darum, die Aktion Arbeit und ihr Anliegen in der Fläche des Bistums lebendig werden zu lassen. Was kann eine Pfarrei, was kann ein Verband, ein Dekanat, eine Messdienergruppe, ein Kirchenchor, was können Firmlinge oder silberne Priesterjubilare angesichts der Herausfor-

derung Arbeitslosigkeit tun. Und zwar nicht theoretisch und allgemein, sondern ganz praktisch und konkret. Die Dekanatsbeauftragten sollen nicht in erster Linie alles selbst organisieren, sondern Anregungen geben, Informationen vermitteln, als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Die Statistik-Reserve

3,6 Millionen Arbeitslose weist die offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit für den April aus. Hinzu kommt die sogenannte Stille Reserve. Lässt man die Kurzarbeit (in der Hunderttausende nur bis zu 30 Prozent beschäftigt sind) unberücksichtigt, bleiben immer noch weitere 1.149.000 Arbeitsuchende. Das bedeutet, derzeit suchen 4,7 Millionen arbeitslose Menschen einen Arbeitsplatz.



Fortsetzung von Seite 1

Erfreulicherweise hat sich in der Arbeitsmarktpolitik nach langen Jahren die Einsicht durchgesetzt, dass die Sockelarbeitslosigkeit konjunkturunabhängig existiert und es besonderer Instrumente bedarf, um den Betroffenen eine dauerhafte und existenzsichernde Beschäftigung zu

ermöglichen. Mit dem Programm "JobPerspektive" hat die Bundesregierung ein zukunftsweisendes Modell geschaffen, das aber von der Wirtschaft äußerst zurückhaltend aufgenommen wird. So ist bisher nur ein Bruchteil der vorgesehenen 100.000 öffentlich geförderten Jobs realisiert worden. Die Aktion Arbeit des Bistums hat daher

einen Vorschlag zur Verbesserung für dieses Programm entwickelt und ist nun gemeinsam mit der evangelischen Landeskirche dabei, die praktische Erprobung dieses Modells vorzubereiten. Nach den bisherigen positiven Signalen setzen wir darauf, dass die Arbeitsagentur, die Kommunen und die Länder das Vorhaben unterstützen. ■

KURZ & KNAPP

Industrieproduktion schrumpft

Die Industrieproduktion ist nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft in bisher unbekannter Weise eingebrochen. "Möglicherweise steht die deutsche Industrie vor ihrer größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg". Prognosen gehen davon aus, dass die Industrieproduktion in diesem Jahr um 8 - 15 % schrumpft.

Defizit in Nürnberg

Die Krise belastet auch den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit. Die Prognosen im März gehen von einem Defizit im Haushalt 2009 von 13 Milliarden aus. Im Januar rechnete man noch mit einem Defizit von 10,8 Milliarden bei Einnahmen von 64,7 Milliarden. Das Defizit errechnet sich vor allem aus dem Kurzarbeitergeld und einem prognostizierten Anstieg der Arbeitslosen um 460.000. Die Agentur verfügt über Rücklagen von 16,7 Milliarden.

ARBEITSBLATT

informiert per E-Mail vier Mal im Jahr über alles Wichtige aus und zur Aktion Arbeit. Alle bereits registrierten Empfänger sind herzlich eingeladen, das ARBEITSBLATT per Mail weiter zu geben.

ARBEITSBLATT kann bestellt werden bei: **aktionarbeit** @bistum-trier.de

REDAKTION

Hans Casel, Rudolf Hammes, Johannes Tittel
Kontakt: **aktionarbeit** @bistum-trier.de

VOR ERPROBUNG

Im letzten Jahr hatte die Aktion Arbeit einen Vorschlag zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen vorgelegt, der in der Politik auf ein breites Echo stieß und zahlreiche Diskussionen und Gespräche von Berlin bis Trier auslöste. Nach langem Bohren dicker Bretter geht es nun darum, das Modell, das

auch von der evangelischen Rheinischen Landeskirche unterstützt wird, in der Praxis zu erproben.

Posi-tive Signale gibt es inzwischen von zwei ARGEn im Bistumsbereich. Bis zur Sommerpause sollen Einzelheiten besprochen und die Rahmenbedingungen geklärt werden.

Im Kern geht es um eine Optimierung des Modells Job-Perspektive, mit dem die große Koalition 100.000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen möchte. Das Modell wird bisher nur in wenigen Einzelfällen in der gewerblichen Wirtschaft realisiert.

Verlierer Leiharbeiter

Nach den jüngsten Daten der Bundesagentur für Arbeit gab es Mitte 2008 noch 715000 Leiharbeiter. In-zwischen ist ihre Zahl schon auf 546.000 gesunken. Das Instrument der Kurzarbeit greift hier ebenso wenig wie Qualifizierungsmaßnahmen. Dabei war die Zeitarbeit für viele Arbeitslose ein Einstieg in die Arbeitswelt, 60 Prozent waren vorher arbeitslos, sieben Prozent verfügen über keine Berufserfahrung.

In der politischen Diskussion ist die Bezahlung, die in der Regel unter der Bezahlung der Stammebelegschaft liegt. Würde man für Leiharbeit einen eigenen Mindestlohn festlegen, stünde der in Konkurrenz zu dem jeweiligen Branchenmindestlohn, ein juristisch ungeklärtes Problem. Eine gesetzliche Regelung, die in jedem Fall weiter führen würde: nach einer gewissen Karenzzeit erhält der Leiharbeiter den gleichen Lohn im Entleihbetrieb wie die dortige Stammebelegschaft.

Patenschaftsmodell

Um die Begleitung von Schülern beim Wechsel in das Berufsleben durch lebenserfahrene Ehrenamtliche geht es bei dem Patenschaftsmodell, das die Aktion Arbeit und der Diözesancaritasverband gemeinsam entwickelt haben. Im Landkreis Cochem laufen jetzt Gespräche zur Weiterentwicklung. Landrat Schnur will das Modell aus dem Dekanat Martental, auf den ganzen Kreis ausdehnen. Aus dem Dekanat Cochem-Zell gibt es dazu positive Signale. Weiter will der Landrat Kammern und andere als Unterstützer beteiligen. Er kann sich auch eine Ausdehnung bis zum Ende der Lehrzeit vorstellen. Eine Arbeitsgruppe ist am Planen.

MATERIALIEN..

Image-Flyer (farbig)
Positionspapier zum 3. Arbeitsmarkt
Liturgische Bausteine (A4)
Dokumentation "Tu-Was"

Plakat "Wir finanzieren Zukunft"
(farbig A2)

Plakat "Wir fördern Begegnung"
(farbig A2)

Plakat "Wir schaffen Arbeit"
(farbig A2)

Werbeartikel (Feuerzeuge, Kugelschreiber etc.)

Transparent "Arbeit finden..."
(100 mal 400)

Transparent "Arbeit Menschenrecht"
(100 mal 400)

Transparent "Dritter Arbeitsmarkt"
(100 mal 400)

(Transparente nur leihweise)

Holzbrettspiele
Glücksrad (Leihgabe)
Spenden-Sammelboxen
Arbeitsplätzchentütchen

Power-Point-Präsentation Aktion Arbeit

Power-Point-Präsentation zum Thema

Ausbildungspatenschaften

Film Aktion Arbeit

(Länge: 12 Minuten)

Anstöße kfd

(Handreichung/Arbeitshilfe zum Thema
Arbeitslosigkeit)

Zukunft der ARGEn ungewiss

Der zwischen Bund und Ländern ausgehandelte Kompromiss zur Fortführung der ARGEn in "Zentren für Arbeit und Grundsicherung" ist fünf vor zwölf geplatzt. Mit viel Mühe hatte man die vom Bundesverfassungsgericht als rechtswidrig abgelehnte Mischverwaltung von Kommunen und Arbeitsagentur in eine neue Form überführen wollen, die aber eine Änderung des Grundgesetzes notwendig gemacht hätte. Wie man aus gut informierten Kreisen hört, hat Volker Kauder für den Eklat gesorgt. Was er vorführte, ist das Gegenteil von seriöser Politik:

1. Er hat seine eigenen Leute, die den Kompromiss mit erarbeitet haben, ins Messer laufen lassen.

2. Seine öffentliche Begründung ist fadenscheinig: Es sei "widersinnig", einen gesetzeswidrigen Zustand durch eine Gesetzesänderung zu heilen. Im vorliegenden Fall trifft eher das Gegenteil zu: Wenn sich eine Situation so grundlegend ändert wie in der Arbeitswelt - die heutigen Phänomene wie Globalisierung, Automatisierung, demografischer Faktor etc. waren für die Väter des Grundgesetzes keine relevanten Größen - dann haben die Politiker die Aufgabe, das Grundgesetz da weiter zu entwickeln, wo es notwendig ist. Das hat der CDU-Fraktionschef für die ab-

Die Position der Aktion Arbeit zur Zukunft der ARGEn

Es ist nicht Aufgabe der Kirche, detaillierte wirtschaftspolitische Vorlagen zu entwickeln. Grundsätzlich können aber drei Punkte benannt werden:

• **Alles aus einer Hand.**

Die mit den Hartz-Reformen vorgenommene Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in einer Hand hat sich für alle Betroffenen als großer Fortschritt erwiesen.

• **Dezentralisierung.**

Das Beharren des Bundesarbeitsministeriums und der Bundesagentur für Arbeit auf zentralen Regelungen für alle differenzierten Situationen in den verschiedenen deutschen Regionen verhindert immer wieder angemessene Lösungen vor Ort.

Der damit zusammenhängende Zwang zu bundesweiten Ausschreibungen von Maßnahmen (z.B. Qualifizierung) begünstigt große anonyme Firmen, bei denen Qualität und Vermittlungserfolg einen ganz anderen Stellenwert haben als beispielsweise bei den lokal verorteten Wohlfahrtsverbänden.

• **Flexibilisierung.**

Die ARGEn - wie auch immer sie in Zukunft heißen werden - brauchen neue Möglichkeiten, flexibel auf die spezifischen Möglichkeiten und Chancen vor Ort zu reagieren. Die jüngsten Schritte in diese Richtung sind viel zu zögerlich.

sehbarer Zukunft verhindert.

3. Kauder spielt mit verdeckten Karten. Was will er? Man darf vermuten, dass er einen Plan für eine gesetzliche Regelung in der Tasche hat, mit dem er - die FDP lässt grüßen - die kommunale Seite der ARGEn stärken und die Bundesagentur für Arbeit weitgehend aus dem Spiel nehmen will. Es ist unfair, dass er den Lösungsvorschlag, wie auch immer er aussieht, nicht in die Debatte einbringt, gerade vor der Bundestagswahl. Es bleibt nämlich die Frage, ob sein Plan nicht ebenfalls vor dem Verfassungsgericht landet und gekippt wird. Die katastrophale auf dem Arbeitsmarkt eignet sich nicht für parteistrategische Spiele!



Das Konto für Ihre
Spende:
3001399011
Pax Bank Trier
BLZ 585 602 94

KALENDER

Pastoraler Studientag

Gemeinsam mit der evangelischen Kirche im Rheinland plant die Aktion Arbeit einen Studientag für Seelsorger am **9. September in Bad Kreuznach**. Der Tag hat zwei Schwerpunkte: das Verständnis der christlichen Sozialethik von Arbeit (Recht auf Arbeit, Pflicht zur Arbeit, Arbeit als Erwerbsarbeit).

Im zweiten Teil geht es dann um die Frage, was für eine Pfarrei konkret machbar ist und wie man in der Praxis an Arbeitslose heran kommt. Caritas und Diakonie sind in die Vorbereitung mit eingebunden.